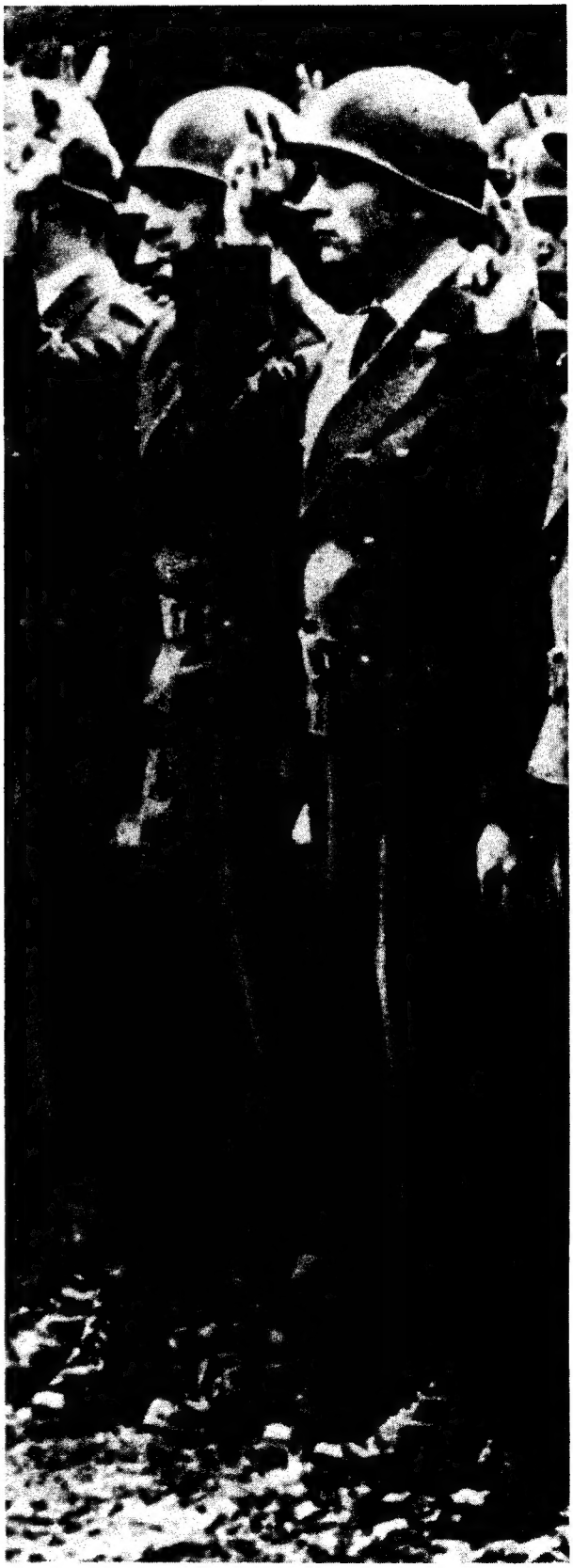
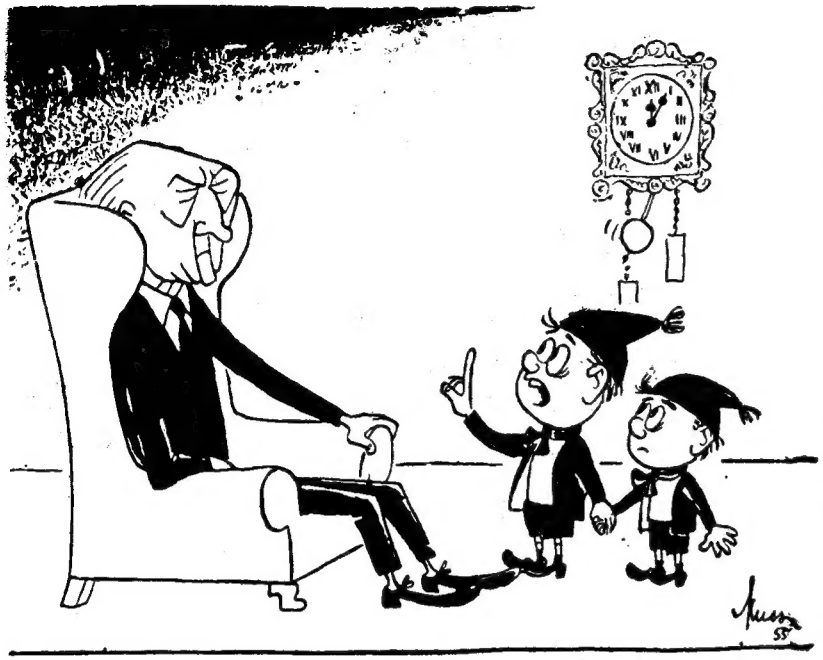
1. Opposition gegen die Wiederbewaffnung

Die Politische Situation

Der Beschluß zu einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundene Integration in das westliche Bündnissystem war neben der Restaurierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems die gravierendste politische Entscheidung, die die weitere Geschichte dieses Staates grundlegend geprägt hat und weiter prägt.
Häufig wird die Frage der Wiederbewaffnung so dargestellt, als sei sie durch den Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 aktuell geworden. Demnach hätte dieses völlig überraschende Ereignis wegen der Parallele zum ebenfalls zweigeteilten Deutschland die Gefahren für eine unbewaffnete Bundesrepublik gezeigt. Da man aber ihre Verteidigung nicht allein den Westalliierten überlassen wollte, sei es gewissermaßen eine moralische Verpflichtung für die Westdeutschen gewesen, ihren Beitrag zur eigenen Sicherheit zu leisten.
Doch diese geläufige Version verschleiert, daß die Diskussion um die Wiederbewaffnung Westdeutschlands nicht erst mit dem Koreakrieg 1950 begann. So meint der Historiker Hans-Adolf Jacobsen: „Wie wir heute wissen, haben in Washington, aber vor allem in London Politiker, Beamte und Experten schon frühzeitig damit begonnen, Pläne zu entwerfen und Alternativen zur Diskussion zu stellen wie die Demokratien auf die neue Lage in Mitteleuropa reagieren sollten. Sie alle teilten mehr oder minder die Ansicht, daß nach Kriegsende allein die Sowjetunion als Großmacht auf dem europäischen Festland übrig bleiben werde und daß es nicht mehr wie in der Vergangenheit Kräfte geben werde, die das machtpolitische Gleichgewicht wiederherstellen konnten.“ (1)
Die Sowjetunion hatte in den Zonen Osteuropas, die ihr 1945 bei der Konferenz von Jalta zugesichert wurden, dafür gesorgt, daß dort kommunistische Regierungen eingesetzt wurden. Somit erlangte sie erstmals in ihrer Geschichte Macht über andere Länder. Da dies allerdings im Westen als unbezweifelbare Einleitung revolutionärer Aggression auf dem Weg zum Weltkommunismus gedeutet wurde, mußte der Sowjetunion eine starke wirtschaftliche, politische und militärische Macht entgegengesetzt werden.
Aus dem Gedanken der gemeinsamen Abwehrfront entwickelte sich im Westen bald eine „Politik der Stärke“. Teilweise wurde sogar daran gedacht, die Sowjetunion mit einem umfassenden "roll back“ nicht nur aus der DDR, sondern aus ganz Osteuropa zu vertreiben.
Nicht sonderlich verwundern darf es so, daß aufgrund dieser Bestrebungen sehr schnell eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands geplant wurde. Amerikanische Politiker, wie John Foster Dulles, plädierten früh öffentlich für eine Eingliederung Westdeutschlands in den antisowjetischen Militärblock.
Nun war aber die Frage der Wiederbewaffnung Westdeutschlands nicht nur eine Angelegenheit der Siegermächte. Vielmehr hatten auch führende westdeutsche Politiker bereits vor der Gründung der Bundesrepublik mit einer Wiederbewaffnung geliebäugelt und diese später mit Nachdruck betrieben, wenn dies auch vor der Öffentlichkeit nicht zugegeben wurde. Zu welch widersprüchlichen Aussagen in der Öffentlichkeit eine solche Politik führte, zeigt anschaulich das Beispiel des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer.
Obwohl Adenauer noch im Dezember 1948 öffentlich jeden Gedanken über eine Wiederbewaffnung energisch bestritt – „Ich habe zu dieser Frage keine Auffassung. Ich kann Ihnen auch meine Meinung darüber nicht sagen. Ich denke über die-



ses Problem überhaupt nicht nach." (2) – beauftragte er im gleichen Monat Dezember des Jahres 1948 den ehemaligen General Speidel „ein Memorandum auszuarbeiten über die vergleichsweise Zusammensetzung der europäischen Armeen und darüber, was die Verbündeten eines schönen Tages von uns fordern konnten." (3) Hier wird bereits früh die Taktik Adenauers deutlich, in der Frage der Wiederbewaffnung nicht als Fordernde sondern als Gewährende aufzutreten.
Hierfür traf er bereits Ende der 40er Jahre seine Vorbereitungen.



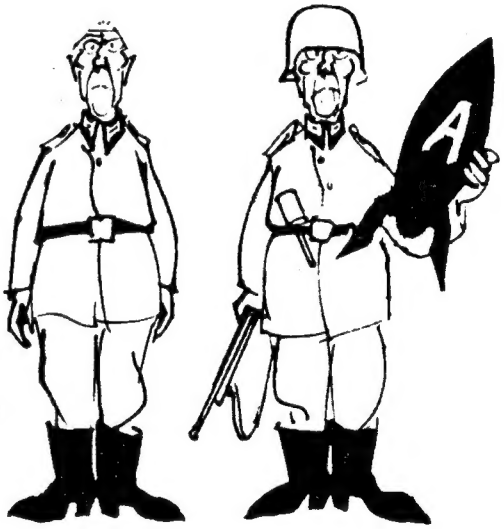
Opa, erzähl uns doch nochmal das Märchen von der Wiedervereinigung durch die NATO" Zeichnung: „Frankfurter Rundschau"

Im September 1949 wurde Adenauer dann im Bundestag mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt. In den ersten Wochen seiner Kanzlertätigkeit führte er formal die Entmilitarisierungspolitik fort, die von den Alliierten eingeleitet worden war. So setzte er am 22. November 1949 – trotz zunehmender Gerüchte über Wiederaufrüstungspläne – seine Unterschrift unter das sogenannte „Petersberg-Abkommen". Dort heißt es u.a.: „Die Bundesregierung erklärt ferner ihre feste Entschlossenheit (...) mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern." (4)
Aber in Zeitungsinterviews begann Adenauer seine eigentlichen Bestrebungen anzudeuten. In der Öffentlichkeit erregte sein Interview mit "The Cleveland Plain Dealer" vom 3. Dezember 1949 große Aufmerksamkeit. Die amerikanische Nachrichtenagentur AP faßte das anderthalbstündige Gespräch so zusammen:
„Die Schaffung einer europäischen Armee, der auch deutsche Soldaten angehören sollten, hat Bundeskanzler Dr. Adenauer (...) vorgeschlagen. Unter dem Kommando eines Höheren Europäischen Hauptquartiers könne dann auch Deutschland seinen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten. Die deutsche Streitmacht würde nur eine Abteilung unter einem gemeinsamen europäischen Oberkommando sein. Wenn ein solches Oberkommando geschaffen sei, würde es nicht nur richtig, sondern auch notwendig sein, die amerikanische Militärhilfe auch auf Deutschland auszudehnen." (5)
Da dieses Interview sofort „hohe Wellen" schlug, sah sich der Regierungschef veranlaßt, gegenüber Vertretern der Deutschen Presseagentur Meldungen zu dementieren, in denen behauptet worden war, daß er für eine deutsche Aufrüstung plädiert habe. Adenauer wörtlich:
„In der Öffentlichkeit muß ein für alle Male klargestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch gegen die Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht bin. Wir Deutsche haben in den letzten beiden Weltkriegen zu viel Blut vergossen, und wir haben auch viel zuwenig Menschen, um ein solches Projekt durchzuführen. Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß die Sicherheit Westdeutschlands Sache der alliierten Besatzungsstreitkräfte ist." (6)
Der Widerspruch zwischen den Pressemeldungen und Adenauers Klarstellung wurde auf das angeblich schlechte Deutsch des amerikanischen Journalisten sowie dessen mangelhafte Kenntnisse der deutschen Probleme zurückgeführt. (7)
Mit dem Adenauer-Interview war nun aber die Frage der Wiederbewaffnung zum offiziellen innenpolitischen Thema geworden. In einer von der KPD geforderten Bundestagsdebatte am 16. Dezember 1949, der ersten „Wehrdebatte" im neuen Parlament, leugnete Adenauer erneut alle Absichten einer westdeutschen Wiederbewaffnung. Die CDU/CSU-Fraktion erklärte: „Dem deutschen Volk (...) liegt der Gedanke an eine Wiederaufrüstung fern." (8)
Die "Plain-Dealer-Affäre" hielt Adenauer nun allerdings nicht davon ab, weiterhin seine Ansichten über die „Sicherheitsfrage" mittels Zeitungsinterviews zu veröffentlichen. Geschickt betrieb er eine psychologische Vorbereitung der Bevölkerung auf eine bevorstehende Wiederbewaffnung. Seine dabei immer wiederkehrenden Argumente malten die angeblich „tödliche Bedrohung der freien Welt" durch den Kommunismus an die Wand. Als ein typisches Beispiel hierfür, kann seine Erklärung vor dem ersten Bundesparteitag der CDU im Oktober 1950 zur gegenwärtigen Situation gelten, in der es nur noch eine Wahl zwischen Gut und Böse, zwischen Leben und Untergang gebe:

„Auf der einen Seite steht Sowjet-Rußland mit seinen Trabanten und Satellitenstaaten, seinen Fünften Kolonnen und den ihm blind gehorchenden kommunistischen Parteien in den demokratischen Ländern, hochgerüstet, überall in der Welt das Feuer schürend, Religion und Christentum, europäische Sitten und Kultur, Freiheit und Würde der Person vernichtend. Auf der anderen Seite stehen die Westalliierten, stehen die Atlantikpaktstaaten und Führung der Vereinigten Staaten, bereit und entschlossen, alles zu tun für den Frieden, aber nur für einen Frieden in Freiheit und Würde, bereit, ihre Rüstung aufs äußerste zu verstärken, um auf diese Weise den von Sowjet-Rußland drohenden Angriff zu verhindern." (9)
Daran anschließend malte Adenauer aus, „daß im Falle eines russischen Angriffs Millionen von Deutschen nach Rußland getrieben, in russische Armeen gesteckt oder zur Sklavenarbeit verdammt würden." (10)
Mit diesem grobklotzigen Antikommunismus war zugleich eine den Weg der Bundesrepublik stark prägende Entscheidung gefallen: Man entschied sich für eine Politik der „Gegenoffensive zu der vermeintlich aggressiven politischen Haltung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten. Anstelle einer rationalen, nüchternen Abwägung der sowjetischen Politik und ihrer Interessen trat die Aussage von der grundsätzlich irrationalen, expansionswütigen Haltung des 'Sowjetkommunismus', dessen Antriebe man nicht eigentlich verstand, vor denen man sich aber fürchtete." (11)
Und so blieb für Adenauer nur ein Mittel gegen den befürchteten russischen Überfall: „Es wurde mir klar, daß in einer Zeit wie der unseren, Politik soviel Kraft hat, wie die Kraft bedeutet, die hinter ihr steht. Wenn man keine Kraft besitzt, kann man keine Politik machen. Ohne Kraft wird unser Wort nicht beachtet." (12) Nicht weiter ausgeführt werden braucht wohl, daß sich Adenauer diese notwendige Kraft nur als Militärpotential vorstellen konnte. Allerdings hat die vereinfachende Gleichsetzung von „politischer Kraft" und Militärpotential eines Staates in der Folgezeit weitreichende Konsequenzen. Eine offene Frage bleibt noch, ob man Adenauers Russenfurcht allzu wörtlich nehmen kann. Der Adenauer-Biograph Gösta von Uexküll stellt dies zumindest in Frage:
„Glaubte Adenauer wirklich an einen sowjetischen 'Drang nach Westen' im Sinne einer militärischen Offensive oder beschwor er dieses Schreckensgespenst nur, um sein eigentliches Ziel, die Einigung und Stärkung Europas, voranzutreiben? So

oft und gern er auch dieses Thema behandelte – fast immer mit den gleichen Worten und Wendungen: eine eindeutige Antwort auf diese Frage hat er nie gegeben." (13)
Nach all den Plänen, Gerüchten und Dementierungen Ende der vierziger Jahre war dann der Koreakrieg, der 1950 begann, ein geeigneter Anlaß, um die Frage der Wiederbewaffnung in die Öffentlichkeit zu tragen. Nun wurde vollends eine antikommunistische Kriegshysterie entfacht, um die Bevölkerung für die Wiederaufrüstung zu gewinnen. Eine Mehrheit war zwar bereits vor dem Koreakrieg nach Westen orientiert (14), allerdings bedeutete diese „Westorientierung" noch nicht, daß auch eine Mehrheit für die Wiederbewaffnung war.
Adenauer betonte später selbst ganz stolz, daß die Wiederbewaffnung durchaus gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hat durchgesetzt werden müssen.
Außer seiner „Öffentlichkeitsarbeit" versuchte Adenauer nun nach Beginn des Koreakriegs auch die Westmächte zu einer raschen Entscheidung über eine deutsche Wiederbewaffnung zu drängen. Am 17. August 1950 betonte er in einem Interview mit der "New York Times": „Wir müssen die Notwendigkeit der Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen." (15)
Am 29.8.1950 ließ Adenauer dem amerikanischen Hohen Kommissar ein geheimes „Sicherheitsmemorandum" übergeben, das nach seinem Bekanntwerden wiederum einigen Wirbel verursachte. In ihm hieß es u.a.: „Der Bundeskanzler hat ferner wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Falle einer Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten." (16)

Adenauer hatte es nicht einmal für nötig gehalten, dieses „Sicherheitsmemorandum" mit seinem Kabinett abzustimmen. Die Bundesminister erfuhren erst nachträglich davon. Für den Innenminister Gustav Heinemann – später als SPD-Mitglied Bundespräsident – war dies Grund genug, von seinem Amt zurückzutreten.
Bald wurden nun Verhandlungen zur Bildung einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) aufgenommen. Da die Westmächte aber nicht uneingeschränkt für eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik waren, konnte nach langwierigen Verhandlungen erst 1952 ein EVG-Vertrag abgeschlossen werden. Gleichzeitig wurde ein Abkommen zur Ablösung des Besatzungsstatuts unterzeichnet, das für die Bundesrepublik die volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten bringen sollte. Allerdings scheiterte dieses Vertragswerk, weil das französische Parlament im August 1954 eine Ratifizierung endgültig ablehnte.
Dennoch war mit der Unterzeichnung des EVG-Vertrags der westdeutsche Weg zu den Waffen faktisch eine beschlossene Sache. Anstatt der gescheiterten EVG wurde die Bundesrepublik nun mit den „Pariser Verträgen" in die 1949 gegründete NATO aufgenommen. Dieses Mal waren alle Vertragspartner einverstanden, so daß das Vertragswerk am 5. Mai 1955 in Kraft treten konnte.
In der Bundesrepublik waren rasch die erforderlichen Gesetze vom Bundestag verabschiedet, um die in den „Pariser Verträgen" eingegangenen Verpflichtungen erfüllen zu können. Als am 7. Juli 1956 das Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen wurde, waren damit die Rechtsgrundlagen für den Aufbau der Bundeswehr geschaffen. Die schwerwiegende Frage, ob sich die Westdeutschen überhaupt gegen eine Wiederaufrüstung hätten erfolgreich wehren können, wie sie teilweise von den Westmächten betrieben wurde, ob also eine solche deutsche Politik eine Chance gehabt hätte, die den Weg zu den Waffen nicht hätte gehen wollen, beantwortet der Sozialwissenschaftler Karl A. Otto dahingehend, „daß es in den Rüstungsbestrebungen der Bundesrepublik und der USA wohl ein Zusammentreffen von Interessen gab, daß aber eine deutsche Bereitschaft zur Wiederaufrüstung durchaus nicht 'erpreßt', sondern vom Bundeskanzler im August 1950 unumwunden angeboten wurde. Die Situation wäre durchaus auch für eine gegenteilige deutsche Grundentscheidung offen gewesen – so wie sich auch Österreich gegen eine Westintegration und für die staatliche Einheit auf der Grundlage bewaffneter Neutralität entscheiden konnte und entschieden hat. Kann aber eine relative Offenheit der Situation für alternative Entscheidungen angenommen werden, so stellt sich die Frage, welche politisch-organisatorischen Ansatzpunkte es für eine Gegenbewegung zu Remilitarisierung gab." (17)



Opposition gegen die Wiederbewaffnung

In der Bundesrepublik herrschte zunächst mehrheitlich eine ablehnende Stimmung gegen Wiederbewaffnungspläne vor. Nach einer Umfrage des EMNID-Instituts lehnten 1950 immerhin 73,4 Prozent der Befragten das „Soldatwerden" für sich und ihre Angehörigen ab. Allerdings ergaben andere Umfragen, daß sich teilweise schon Mehrheiten für eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer europäischen Armee aussprach. Und das war genau der Weg, über den die Bundesregierung – und unter zusätzlichen Voraussetzungen auch die SPD (vgl. das Kapitel: SPD und Paulskirchenbewegung) – die westdeutsche Wiederaufrüstung betrieb. Immerhin ging aber EMNID davon aus, daß bei einer Volksabstimmung noch Ende Dezember 1950 rund 40 bis 50 Prozent gegen eine westdeutsche Beteiligung an europäischen Streitkräften gestimmt hätten. Die Ablehnung der Wiederbewaffnung geschah aus sehr unterschiedlichen Motiven. So kann es nicht sonderlich verwundern, wenn das Bundesinnenministerium 175 Organisationen und

Gruppen nennt, die sich 1952 gegen die Wiederaufrüstung engagiert haben sollen. Im folgenden sollen nun einige der bedeutendsten Oppositionsgruppierungen dargestellt werden. Betont werden muß hier noch, daß die von uns vorgenommenen Einteilungen in Wirklichkeit meist nicht in Reinform vorgekommen sind. So beteiligten sich beispielsweise auch Arbeiter und ihre Organisationen an solchen Aktivitäten, die wir unter „bürgerlicher Opposition" beschreiben. Unsere Untergliederung soll aber der besseren Übersichtlichkeit dienen.

„Ohne-mich"-Bewegung

Als im Jahre 1950 die Wiederaufrüstungspläne der Bundesregierung einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurden, waren ganz spontane Reaktionen „ohne uns" oder „ohne mich". Diese Stimmung spiegelt ein Flugblatt der „Internationale der Kriegsdienstgegner" (IdK) gut wider, das „An die ehemaligen Kriegsteilnehmer" gerichtet war:

Du Kamerad! Ob Du Arbeiter oder Angestellter, Bauer oder Akademiker, Kaufmann oder Künstler, freischaffender Schriftsteller oder was sonst auch sein magst, wir fragen Dich:
Hast Du den letzten Krieg gewollt? – Nein? Wir auch nicht!
Hat Dir der Krieg eine Besserung Deiner Lage gebracht? – Nein? Uns auch nicht!
Bist Du stolz auf Deine „Heldentaten", d.h. auf die Menschenmorde, jawohl Menschenmorde, Kamerad, denn die Soldaten von drüben sind auch Menschen wie Du und ich –, die Du draußen auf höheren Befehl begehen mußtest, oder auf Brandstiftungen, Zerstörungen, Verwüstungen, Plünderungen und endlosen Leiden, die Du unter ständiger Lebensgefahr in fremden Ländern verursachen oder mit ausüben mußtest? – Nein? Wir auch nicht!
Es gibt aber Leute, die am Kriege verdient haben, für die der Krieg ein gutes Geschäft war, die gern an den Krieg zurückdenken (weil sie ihn nicht am eigenen Leibe erfahren haben), die stolz auf die Heldentaten (der anderen) sind, und die neue Kriege wollen.
Willst Du Dich noch einmal für diese Herren in Uniform stekken und auf die Schlachtbank führen lassen? – Nein? Wir auch nicht!
Mögen diejenigen, die den Krieg wollen, die am Kriege verdienen, die gern an den Krieg denken, und die stolz auf Heldentaten sind, ihren Krieg allein machen. Wir wollen sie nicht daran hindern. Allerdings müssen sie ihren Krieg dort führen, wo sie kein Menschenleben und keine Wohnstätten gefährden. Auch müssen sie ihn mit ihren eigenen Mitteln und nicht auf Kosten des Staates, d.h. auf unsere Kosten führen.
Wir wollen damit nichts, aber auch gar nichts zu tun haben! Unser Bedarf an Kriegen ist vollauf gedeckt!
Komm daher zu uns, Kamerad! Schließe Dich uns an! Seien wir wachsam, damit uns die Kriegstreiber und Kriegsverdiener von OST und WEST nicht wieder unvorbereitet finden. (18)

Ein Aufruf von Frauen zum Generalstreik in der Frauenzeitschrift „Constanze" mit dem die Männer vom Kriegführen abgehalten werden sollen, gibt ebenfalls einen guten Eindruck von dieser „Ohne-uns"-Stimmung. (DOKUMENT A)

Diese Stimmung muß so eindrucksvoll gewesen sein, daß sogar der sonst nicht gerade als Freund von antimilitaristischer Opposition bekannte ZEIT-Journalist Theo Sommer dazu schrieb: „'Ohne mich' – das war damals nicht nur eine Stimmung, es war eine Bewegung." (19)

Allerdings war dies keine einheitliche, an einem Strang ziehende Bewegung. Koordiniertes Handeln war höchstens ansatzhaft vorhanden. Die SPD wandte sich entschieden gegen eine solche Bewegung: Die fatalistische „Ohne-mich"-Psyche und „Ohne-mich"-Suggestion sei in der großen Auseinandersetzung zwischen westlicher Demokratie und östlichem Terror gefährlich und in Wahrheit Parolen zur Zersetzung unseres Selbstbehauptungswillens und zur Vernichtung unserer Demokratie. (20)

Außer der fehlenden organisatorischen Stütze kam hinzu, daß bei der „Ohne-mich"-Haltung die unterschiedlichsten Motive anzutreffen waren: Neben prinzipiell ethischen Motiven waren auch solche zu finden wie verletztes Ehrgefühl über die Niederlage des Dritten Reiches, tiefsitzende Ablehnung gegen die Siegermächte, die ja bis vor kurzem noch „die Feinde" waren, oder auch das Empfinden, daß es keine Werte mehr gebe, für die man sich mit Waffen einsetzen wolle. Obwohl diese Vielfältigkeit der Verweigerungsmotive zunächst eine breite Basis für die „Ohne-mich"-Bewegung mit sich brachte, mußte es beinahe zwangsläufig bei vielen zu einem Meinungsumschwung kommen, als im Westen ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzte, der die eigene Situation dem „Osten gegenüber" als privilegiert erscheinen ließ. Weitere Gründe für den Meinungswandel dürften gewesen sein, daß Berichte über die Unterdrückung in kommunistischen Ländern das Leben im Westen als freier und sicherer erscheinen ließen; außerdem ermöglichte die Aussicht der gleichberechtigten Aufnahme in die „freie" Gemeinschaft des Westens ein neues Identifikationsgefühl. (21)

Die fehlende organisatorische Stütze und die sich bald auswirkenden unterschiedlichen Motive waren wohl dafür verantwortlich, daß diese „Ohne-mich"-Stimmung nicht in politische Erfolge umgemünzt werden konnte. Ein Teil der „Ohne-mich"-Bewegung verlagerte sich allerdings in zielgerichteten politisch-organisatorischen Widerstand gegen die Wiederbewaffnung.

Volksbefragungsbewegung

Im Oktober 1950 richtete der hessische evangelische Kirchenpräsident Martin Niemöller einen offenen Brief an Adenauer, in dem er erstmals Überlegungen über eine Volksbefragung zur Wiederbewaffnung anstellte. Diese Forderung wurde von der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Friedensverbände", dem Zusammenschluß der pazifistischen Organisationen, unterstützt. Der zurückgetretene Bundesinnenminister Gustav Heinemann vereinbarte gemeinsam mit Prof. Ulrich Noack, dem Initiator des „Nauheimer Kreises", daß die neutralistischen Organisationen ab Anfang 1951 in dieser Richtung aktiv werden sollten.

Die KPD griff diese Vorschläge ebenfalls sofort auf und stellte eine Volksbefragung in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. SPD und Gewerkschaften wollten zu diesem Zeitpunkt von einer Volksbefragung nichts wissen, obwohl dies ursprünglich auch zu ihren Forderungen gehört hatte. So wurde es auch möglich, daß Kommunisten überproportional an der Volksbefragung zur Geltung kommen konnten. Damit war aber auch die Möglichkeit geboten, die Volksbefragungsbewegung in den Geruch der „Verfassungsfeindlichkeit" zu bringen.

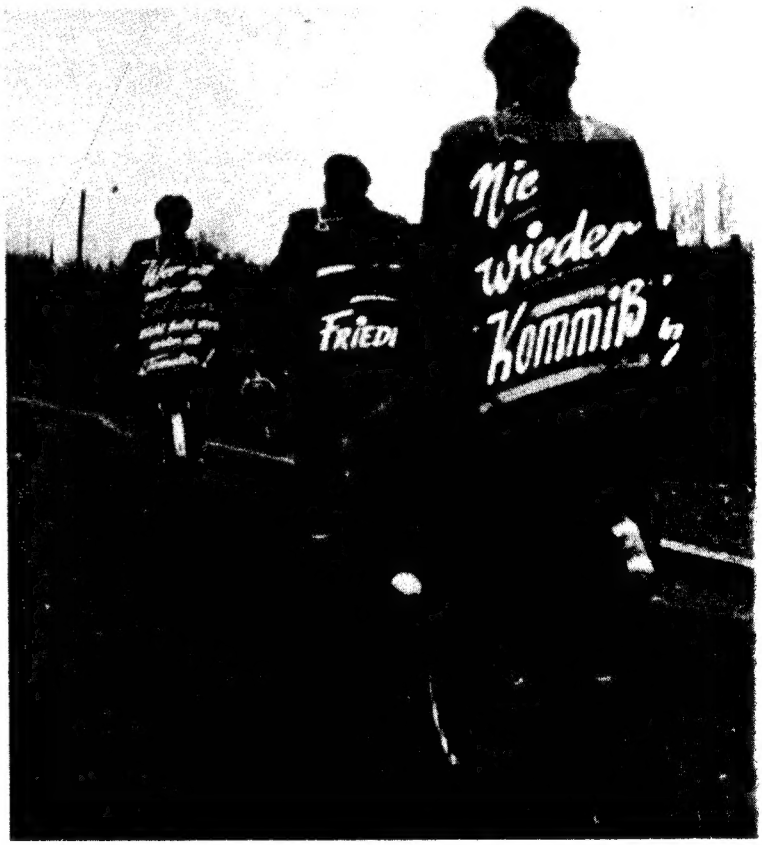
Zunächst wurde im Januar 1951 in Essen ein Kongreß „Rettet den Frieden" veranstaltet. Er sollte die gesamte Opposition gegen die Wiederbewaffnung für eine gemeinsame Aktion zusammenbringen. Die 1700 Teilnehmer richteten die Forderung nach einer Volksbefragung an die Bundesregierung. Da die Bundesregierung nicht auf den Vorschlag reagierte, wurde zu einem zweiten Kongreß eingeladen, bei dem aber die eher neutralistisch organisierten Kräfte zu wesentlichen Teilen nicht mehr anwesend waren. Auf diesem Kongreß wurde ein 200 Mitglieder starker „Hauptausschuß für Volksbefragung gegen Remilitarisierung" gebildet. Dieser Hauptausschuß rief die Bevölkerung zu einer Abstimmung über die Frage auf: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?" (DOKUMENT B)

Es wurden regionale und örtliche Aktionskomitees gebildet, die mit der Befragung begannen. Diese Befragung hatte einen erfolgreichen Start. So wurden nach Angaben des „Hauptausschusses" beispielsweise allein in Rheinland-Pfalz innerhalb von drei Tagen 32 000 Unterschriften mit Ja-Stimmen gesammelt. Doch kurz nachdem diese Aktion begonnen hatte, erließ der Bundesinnenminister ein Verbot, da er hierin einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik sah, die deren Beseitigung zum Ziel habe. Überraschend war, daß die SPD dieses Verbot nicht nur gebilligt, sondern sogar gefordert hatte. Auch der DGB-Bundesvorstand warnte seine Mitglieder vor einer Teilnahme an der Volksbefragung. Der „Hauptausschuß" führte die Befragung in der Illegalität

weiter. Sie erbrachte 5 917 683 Ja-Stimmen von 6 267 302 befragten Bürgern. Darüber hinaus registrierte der „Hauptausschuß" 9781 Polizeieinsätze gegen die Befragungsaktion, 7331 Festnahmen und die Einleitung von über 1000 Gerichtsverfahren.
Insgesamt blieb die Volksbefragung unter diesen Voraussetzungen schließlich ohne direkte politische Auswirkungen.

Widerstand der Arbeiter

Auch unter den Arbeitern war eine weitverbreitete Ablehnung der Wiederbewaffnung vorzufinden, teilweise auch die Bereitschaft zu konsequentem Widerstand. So fanden in vielen Betrieben Aktionen statt. Beispielsweise haben im Februar 1951 Delegierte aus 48 Nürnberger Betrieben die Beteiligung an der Volksbefragung beschlossen. Die Abstimmung ergab eine fast hundertprozentige Ablehnung der Wiederbewaffnung.
Karl A. Otto zählt eine Reihe von Aktionen auf, die alle allein von Mitte Februar bis Mitte März 1951 registriert wurden: Die Belegschaften der Mannheimer Lanz-Werke (4000), der Daimler-Benz Werke in Sindelfingen (10 000) sowie die Straßenbahner von Esslingen und Duisburg forderten ebenso die Durchführung einer Volksbefragung, wie die Generalversammlung der IG Bau, Steine, Erden in Neustadt a.d. Weinstraße, 340 Delegierte der Generalversammlung der IG Metall Stuttgart, die Mitgliederversammlung der Holzarbeitergewerkschaft Hoechst und Offenbach, die Betriebsräte der Stuttgarter Fortuna-Werke und der Baufirma Dyckerhoff & Wittmann in Wiesbaden, die Verwaltungsstellen der IG Chemie Offenburg und Freiburg. In der Mannheimer Firma Franklin & Kirchner führte der Betriebsrat eine Abstimmung durch, bei der 88,5 Prozent gegen eine Wiederbewaffnung stimmten. Die Belegschaft von Bosch in Stuttgart führte ebenfalls eine Befragung durch: 5691 waren dagegen, 342 für die Wiederaufrüstung, 454 Stimmen waren ungültig. In den BASF-Werken gaben im Rahmen der Volksbefragungskampagne 20 023 Arbeiter und Angestellte ihre Stimme ab, davon 18 893 gegen die Wiederbewaffnung. Bei Krupp in Essen stimmten 11 921 von 12 308 der Befragten dagegen. (22)
Natürlich sah die KPD hier ein günstiges Betätigungsfeld. Sie versuchte auch in den Betrieben einen breiten Widerstand zu organisieren. Relativ erfolgreich war sie an der Mitorganisation zahlreicher Aktionen, wie den oben aufgeführten. Besonders bekannt geworden sind auch die Kämpfe gegen die sogenannten „Panzerschichten" im Ruhrgebiet. Dort sollten auf Wunsch der Bundesregierung in den Kohlebergwerken Sonderschichten in großem Stil gefahren werden. Die Bergarbeiter befürchteten aber, daß die zusätzlich geförderte Kohle der Ausweitung der amerikanischen Rüstungsproduktion dienen sollte. Der KPD gelang es nun mit der Parole „Auf Panzerschichten folgen Panzerschlachten" der antimilitaristischen Stimmung im Ruhrgebiet so wirksame Formen zu geben, daß die Zahl der Sonderschichten trotz Drohungen, Polizeieinsätzen und Verhaftungen in der Zeit von Dezember 1950 bis Januar 1951 erheblich zurückgingen und schließlich fast ganz eingestellt werden mußten. (23)
Die Versuche der KPD, eine breite Oppositionsfront gegen die Wiederbewaffnung zu organisieren, ist trotz teilweise erfolgreicher Einzelinitiativen inner- wie außerhalb den Betrieben gescheitert. Ein starker Antikommunismus, traditionell schon weit verbreitet, von Medien und politischen Gegnern noch intensiv geschürt – die enge Bindung der KPD an die SED und die KPdSU machte dies allerdings auch einfach – ermöglichte es den westdeutschen Kommunisten nicht, die weitverbreitete „Ohne-mich"-Stimmung der Bevölkerung in politische Erfolge umzumünzen. Zur Erfolglosigkeit der KPD hat aber auch beigetragen, daß ihre Möglichkeiten für legale Arbeit immer mehr eingeschränkt wurden, bis die Partei schließlich 1956 vom Bundesverfassungsgericht ganz verboten wurde. Diesem Parteiverbot waren bereits gründliche Säuberungen in Verwaltungen und Behörden von linksgerichteten Kräften, das Verbot der Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) im Jahre 1951 wegen Verfassungsfeindlichkeit ebenso vorausgegangen, wie es auch viele Versammlungs- und Kundgebungsverbote für verschiedene linksgerichtete Organisationen gab.
Die zahlreichen Kampfmaßnahmen in den Betrieben forderten auch den DGB zu einer wesentlichen Kurskorrektur heraus. Zunächst herrschte bei den Gewerkschaften eine eindeutige Ablehnung der Wiederbewaffnung vor. Doch ähnlich wie der SPD-Vorstand distanzierte sich die DGB-Spitze ebenfalls entschieden von den Kommunisten. Deshalb wurde die Volksbefragungsaktion abgelehnt, obwohl es gewerkschaftlicher Auffassung entsprach, daß das Volk in der Frage der Wiederbewaffnung befragt werden müsse.
Anfang 1952 erklärte dann das Vorstandsmitglied vom Hoff das Einverständnis des DGB-Vorstandes zur westdeutschen Wiederbewaffnung. Große Teile der Gewerkschaftsbasis reagierten mit äußerst heftigen Protesten und Aktionen gegen diese Erklärung. Der Leitartikel „Verteidigungsbeitrag – Ja oder nein?" aus den „Mitteilungen" der IG Metall vom Februar 1952 bringt diesen Protest gut zum Ausdruck.



Ende 1952 mußten vom Hoff und der DGB-Vorsitzende Fette aufgrund des innergewerkschaftlichen Drucks von ihren Ämtern zurücktreten.
Neuer Vorsitzender wurde Walter Freitag, dessen Wahl von den Sozialdemokraten betrieben wurde. Er versuchte dann auch, die Gewerkschaften auf den Kurs dieser Partei zu bringen. So lehnte der DGB z.B. die „Pariser Verträge" ab. Gemeinsam mit der SPD wurde 1955 die Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche organisiert. Die damit verbundene Kundgebungswelle trugen die Gewerkschaften teilweise mit. Nachdem die „Pariser Verträge" dann aber vom Bundestag verabschiedet waren, verhinderten auch die Gewerkschaften nicht, daß der Protest sich bald legte.
Kompromißlose Stellungnahmen gegen die Wiederbewaffnung wurde in all den Jahren zwar von einigen Einzelgewerkschaften verabschiedet, aber als Ergebnis für das gewerkschaftliche Verhalten in dieser Frage kann insgesamt festgehalten werden, daß der in der entscheidenden Phase nicht konsequent genug durchgeführte Protest ohne rechte Form und deshalb wirkungslos blieb.

MITTEILUNGEN

DER INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND · VERWALTUNGSSTELLE STUTTGART

7. Jahrgang Februar 1952 Nummer 2

Verteidigungsbeitrag – Ja oder nein?

Als vor wenigen Tagen das DGB-Vorstandsmitglied vom Hoff in Oberhausen erklärte, daß wir zur Verteidigung gezwungen seien, wenn wir nicht einer Aggression zum Opfer fallen wollten, ging ein Sturm der Entrüstung durch die Reihen der deutschen Arbeiterschaft. Zum ersten Male seit 1945 zeigte sich hier eine spontane, einmütige Massenbewegung gegen die Absicht, durch eine Wiederaufrüstung erneut die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen heraufzubeschwören. Die Bevölkerung hat die Schrecken des Krieges noch zu gut in Erinnerung. Sie fühlt instinktiv, daß eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu nichts gutem führt. Selbst Kollege vom Hoff mußte einige Tage nachher in Hamburg zugeben, daß Millionen jede Aufrüstung ablehnten. (...) Trotzdem gibt es noch Unbelehrbare, die auch in diesem Fall kommunistische Agenten als Anstifter vermuten. Damit würde man dieser Richtung viel mehr Kraft zuschreiben als sie in Wirklichkeit besitzt. Die Proteste kommen aus allen Betrieben, gleich welcher Richtung die Funktionäre angehören. In der Schuhfabrik Salamander, wo bestimmt keine Kommunisten am Werk waren, wurde z.B. eine Abstimmung über die Einführung einer Wehrmacht durchgeführt. Von 4847 Befragten sprachen sich 4316 dagegen und nur 155 dafür aus, 305 hatten keine Meinung.

Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß ein Verteidigungsbeitrag von der Mitgliedschaft abgelehnt wird. Die Erklärungen des Bundesausschusses des DGB und des Kollegen Fette wurden von den Kollegen als nicht klar genug bezeichnet, sie vermissen darin ein eindeutiges „Nein". Darüber hinaus verlangen die Mitglieder eine Urabstimmung über diese wichtige Frage, weil der Bundesausschuß nicht das geeignete Gremium ist, darüber zu entscheiden.

Ernste Zweifel bestehen darüber, ob ein Verteidigungsbeitrag bei einer bewußt fortschrittlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik überhaupt möglich ist. Man möchte meinen, daß im kapitalistischen System das eine das andere ausschließt. Wenn Kollege vom Hoff erklärte, die Gewerkschaften seien gegen aggressive Rüstungsmaßnahmen, so kann man auch hier seine Bedenken haben. Wer garantiert denn dafür, daß eventuelle Rüstungen nur zur Defensive verwendet werden? Hat man denn vergessen, wer das Ruder in der Hand hat? Die amerikanischen Kapitalisten sind nicht besser als die europäischen. (...) Es ist unverständlich, wenn von führenden Gewerkschaftskollegen die Illusion verbreitet wird, daß es möglich sei, den Verteidigungsbeitrag zu leisten, ohne den Lebensstandard der Bevölkerung zu schmälern. Diese Behauptung ist offensichtlich Unsinn, weil sie gegen jede Erfahrung spricht. Wenn dem so wäre, warum hat man dann nicht wenigstens die Hälfte dieser Summe für den Wohnungsbau aufgebracht, dafür war bisher nie Geld da. Bevor Uniformen „gebaut" werden, sollten anständige Häuser für diejenigen gebaut werden, die noch in Erdlöchern hausen müssen.

Wie steht es nun eigentlich mit der Gefahr aus dem Osten? Tatsache ist, daß in Ost und West gerüstet wird. Beide behaupten, nur zur Verteidigung zu rüsten. Auch Hitler erklärte immer wieder seine Friedensliebe, was in Wirklichkeit dahinter steckte, mußten wir am eigenen Leibe verspüren. Wie gesagt, es kommt nicht so sehr auf öffentliche Erklärungen an, als vielmehr auf die treibenden Kräfte ökonomischer und politischer Art. Politisch sind beide Wirtschaftssysteme, das russische wie das amerikanische an ihrer Ausdehnung interessiert. Ökonomisch gesehen hat Amerika alle Ursache, für seinen mächtigen Produktionsapparat die notwendigen Absatzgebiete zu beschaffen. Wesentliche Märkte gingen den Amerikanern in Asien verloren. (...) Wer die politische Entwicklung in den letzten Monaten aufmerksam verfolgte, kann feststellen, daß die Russen zu weitgehenden Zugeständnissen bereit wären, wenn die Aufrüstung Westdeutschlands unterbliebe. Selbst prominente Politiker erklärten widerholt, daß sie gegenwärtig nicht an eine Aggression russischerseits glaubten. Adenauer aber will von einem Verzicht auf Remilitarisierung nichts wissen, er verzichtet eher auf die Einheit Deutschlands und nimmt die Gefahr eines deutschen Bruderkrieges auf sich. Diese Politik führt Adenauer gegen den Willen des deutschen Volkes durch. (...) Wir haben hier also den klassischen Fall, wie ihn Rosa Luxemburg schon vor Jahrzehnten darstellte, wo das Parlament nicht mehr den Willen des Volkes repräsentierte.

Heute ist es ein offenes Geheimnis, daß Amerika an einem deutschen Verteidigungsbeitrag stark interessiert ist. Washingtoner Regierungskreise stellten in einem Kommentar zur Lage fest, daß ein deutsches „Nein" zum Verteidigungsbeitrag entscheidende Änderungen in der strategischen Konzeption bewirken würde. (...) Es ist jedermann klar, daß die Amerikaner nicht uns verteidigen wollen, sondern ihre eigenen Interessen, die sich heute bis ins Herz Europas erstrecken. In diesem Zusammenhang muß auch die Frage gestellt werden, welche Garantie haben wir, daß Deutschland tatsächlich verteidigt wird. (...) Diese Ausführungen (...) sollen nicht abgeschlossen werden, ohne zum Kampf gegen diese Bestrebungen etwas zu sagen. Es ist zweifellos richtig, was Kollege Kummernuss, Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, anläßlich einer Jugendkonferenz sagte:

„Auf die Frage, was geschehe, wenn die Remilitarisierung durch Gesetz erlassen werden, sagte Kollege Kummernuss, er sei der Auffassung, daß die Einführung der Remilitarisierung durch Gesetz sehr wohl Anlaß zum Generalstreik sein könnte, ja sogar sein müßte. Aber man müsse sich davor hüten, bei jeder Gelegenheit mit dem Gedanken daran zu liebäugeln. Der Streik sei erst das allerletzte gewerkschaftliche Mittel. Häufig sei es so, daß diejenigen, die am lautesten nach einem Generalstreik riefen, bei einem Lohnstreik einen Krankenschein in der Hand hielten."

Um aber einen solchen Kampf führen zu können, müssen noch verschiedene Voraussetzungen geschaffen werden. Zunächst kommt es darauf an, in aller Öffentlichkeit den entschlossenen Willen der Gewerkschaftsmitglieder zum Kampf gegen die Remilitarisierung zum Ausdruck zu bringen. Die Mannheimer Metallarbeiter haben den Weg gewiesen, indem sie zu großen Kundgebungen am Tage der Beratungen im Bundestag aufgerufen haben. (Mitteilungen der IG Metall, Febr. 1952)

Wenn Ottos Analyse richtig ist, war diese entscheidende Phase in den Jahren 1950/51. Damals hätten die günstigsten Voraussetzungen für eine entschiedene Opposition und eine reale Chance geherrscht, „um die Remilitarisierung durch eine Aktion politischer Willensbildung 'von unten nach oben' zu blokkieren und damit die Möglichkeit der Wiedervereinigung offen zu halten." (24)

Bürgerliche Oppostion

Neben den eher traditionsgemäß antimilitaristischen Arbeitern reichte die Opposition gegen die Wiederbewaffnung bis weit in bürgerliche Kreise hinein.

So erwuchs der Adenauerschen Rüstungspolitik erheblicher Widerstand von einer Minderheit evangelischer Christen. Das waren vor allem solche evangelischen Kreise, die in der Tradition der „Bekennenden Kirche" des „Dritten Reiches" standen.

Der hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller wandte sich in einem offenen Brief an Adenauer:

„Wenn der gegenwärtige Bundestag über die Frage entscheidet, so käme das einem Volksbetrug gleich, da kein deutscher Wähler bei der Wahl im Sommer 1949 die Absicht gehabt hatte, dem Deutschen Bund die Vollmacht zu einer Kriegsrüstung oder Kriegsbeteiligung zu geben." (25)

Allerdings war dies nicht die Meinung der gesamten Evangelischen Kirche. Der „Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland" (EKD) hatte nach dem Ausbruch des Koreakrieges erklärt:

„Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anbelangt ... Es kommt alles darauf an, daß wir uns nicht durch die verlogene Propaganda beirren lassen, daß wir allen Versuchen, unsere Kinder in eine Gesinnung des Hasses hineinzutreiben, ein entschlossenes Nein entgegensetzen und uns weder an Kriegshetzerei noch an Angstpsychosen mitschuldig machen ..." (26)

Trotz dieser ablehnenden Haltung rief aber Niemöllers Brief an Adenauer sofort Distanzierungen anderer kirchlicher Gremien hervor, die in Niemöllers Schritt einen Angriff auf das „Amt" der „Obrigkeit" sahen. Die aufgebrochenen Gegensätze führten zu heftigen innerkirchlichen Auseinandersetzungen. Allerdings hatten diese Konflikte bemerkenswert wenig Auswirkungen auf die politischen Entscheidungsträger. Dies hing wohl mit dem Bekenntnis der größten Regierungspartei zur christlichen Weltanschauung zusammen. So kam es, daß trotz Heinemanns Rücktritt als Innenminister, der zu dieser Zeit gleichzeitig Präses der Gesamtdeutschen Synode der EKD war, der deutsche Protestantismus durch andere prominente Vertreter in der CDU immer noch gut vertreten war – und diese entschieden sich für Adenauers Wiederbewaffnungskurs. Ein Gespräch im Oktober 1951 zwischen Adenauer, Kabinetts- und Parteivertretern der Regierungskoalition einerseits und Kirchen andererseits glättete die noch verbliebenen Spannungen zwischen Bundesregierung und EKD. (27)

Die EKD war also, ebenso wie die katholische Kirche, keine Organisation, die den Wiederbewaffnungsplänen Adenauers entschiedenen Widerstand entgegengebracht hat.

Dennoch äußerten viele Christen ihren Protest gegen die Wiederaufrüstung. Ein Aufruf evangelischer Christen vom Januar 1953, zu dem Unterschriften gesammelt wurden, ist ein Beispiel dafür. (DOKUMENT C)

Gemeinsam mit anderen bürgerlichen Kreisen versuchten sie auch, einen organisatorischen Zusammenhalt der Opposition gegen die Wiederbewaffnung zu finden.

Im März 1951 versammelten sich Vertreter von 35 Organisationen mit unterschiedlichen neutralistischen Anstrichen – pazifistischen, pragmatischen oder national-rechtsorientierten – zu einem „Deutschen Kongreß". Doch das Ziel, die Vertreter dieser unterschiedlichen neutralistischen Strömungen auf ein gemeinsames Konzept festzulegen, scheiterte. Schon nach der zweiten Sitzung fiel dieser Kongreß wegen unüberbrückbarer Differenzen auseinander.

Eine andere Sammlungsgruppierung, die etwas mehr Bedeutung erlangte, wurde Ende 1951 gegründet: Die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas". Die Initiative zur Gründung ging vor allem von Gustav Heinemann und der Zentrumsvorsitzenden Helene Wessel aus.

Die „Notgemeinschaft" wollte auf überparteilicher Basis gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und seine Einbeziehung ins westliche Militärlager vorgehen und auf die Notwendigkeit gesamtdeutscher Gespräche hinweisen. Sie wollte eine Organisation sein „für alle diejenigen, welche die Aufrüstung ablehnen, aber an kommunistisch gesteuerten Aktionen nicht teilnehmen wollten." (28)

Trotz ihrer deutlichen Distanzierung zur KPD konnte die „Notgemeinschaft" nicht der Diffamierung als „kommunistische Tarnorganisation" entrinnen.

Um die Wiederbewaffnung zu verhindern, startete die „Notgemeinschaft" bald eine Petitionskampagne an den Bundestag, um die Bundestagsmehrheit zu beeinflussen oder möglichst gar zu spalten. Die Petition hatte folgenden Wortlaut:

„An den Herrn Präsidenten des Bundestages
Herr Präsident!
Da uns die Mitbestimmung über die geplante Wiederbewaffnung unseres Volkes versagt wird, bleibt uns als letzte legale Möglichkeit zur Bekundung unseres Willens nur eine Petition an den Bundestag.
Wir sind der Überzeugung, daß eine westdeutsche Aufrüstung nicht der Sicherung des Friedens dient, sondern die Kriegsgefahr erhöht. Ein Krieg würde unser Untergang sein. Deutschland wäre sein Schauplatz. Wir wollen aber nicht, daß es uns wie den Koreanern geht, wo man erst dann wieder Verhandlungen suchte, nachdem die Feuerwalze fremder Mächte Volk und Land vernichtet hatte.
Wir glauben nicht daran, daß westdeutsche Aufrüstung zur friedlichen Befreiung der Sowjetzone und Wiederherstellung der deutschen Einheit führt. Aufrüstung wird vielmehr den Eisernen Vorhang dichter schließen und achtzehn Millionen Deutsche, vor allem die junge Generation, den Gegenmaßnahmen des Sowjetsystems preisgeben.
Ohne einen Friedensvertrag mit allen vier Besatzungsmächten kann es völkerrechtlich überhaupt keine deutschen Soldaten geben. Wehrpflicht wäre ein staatlicher Zwang zu völkerrechtswidrigem Verhalten.
Wir fordern den Bundestag deshalb auf, die geplante Aufrüstung abzulehnen und die Bundesregierung zu veranlassen, eine Politik redlicher Verständigung und glaubhafter Bemühung um die Wiedervereinigung Deutschlands unter einer gesamtdeutschen Regierung zu führen.
Wir übergeben diese Petition dem früheren Bundesminister Dr. Heinemann und der Bundestagsabgeordneten Frau Helene Wessel mit der Ermächtigung, sie dem Präsidenten des Bundestages zu überreichen und gegenüber anderen Personen zu vertreten." (29)

Die Petitionskampagne brachte aber nicht den gewünschten Erfolg. SPD und FDP, auf deren Unterstützung man gehofft hatte, beschlossen bereits im Frühjahr 1952 eine Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft von „Notgemeinschaft" und Partei. So entschloß man sich in der „Notgemeinschaft" schließlich Ende 1952 zu einer Parteigründung, der „Gesamtdeutschen Volkspartei" (GVP). Allerdings gelang es der neugegründeten Partei kaum, ihre Mitgliederbasis über den seitherigen Kreis der „Notgemeinschaft" hinaus wesentlich zu verbreitern.

Um bei den Bundestagswahlen 1953 die Fünf-Prozent-Hürde überspringen zu können, meinte man in der GVP, Wahlbündnisse eingehen zu müssen. So schloß man ein Bündnis mit dem „Bund der Deutschen" (BdD). Der BdD – unter Führung der beiden früheren Zentrumspolitiker, Reichskanzler a.D. Joseph Wirt und Oberbürgermeister a.D. Dr. Wilhelm Elfes – hatte größere finanzielle Mittel und hauptamtliche Funktionäre zur Verfügung. Allerdings galt diese Organisation in der „Öffentlichkeit" als „kommunistische Tarnorganisation". So kam dann die gemeinsame Liste überhaupt erst zustande, nach-

dem sich Heinemann höchstpersönlich davon überzeugt hatte, daß der BdD kein Geld aus der DDR erhielt und sich Niemöller für den Zusammenschluß stark machte.
Bei den Wahlen gab es dann aber eine katastrophale Niederlage: Die GVP erhielt nur 1,1 Prozent der Zweitstimmen, während die CDU/CSU ihren Anteil von 31 auf 45,2 Prozent steigern konnte. Hauptgrund für das schlechte Abschneiden der GVP bei der Wahl war wohl, daß man den Geruch einer „kommunistischen Tarnorganisation" nicht losbekam. Die Partei trat dann später nicht weiter in Erscheinung. Viele führende GVP-Mitglieder, wie Heinemann, Wessel, Rau, Posser und auch Erhard Eppler, traten in die SPD über, in der sie es noch durchweg zu höheren politischen Ämtern gebracht haben.

Aus studentischen Kreisen hatten sich im Herbst 1951 in mehreren Städten unter starkem Einfluß des Studentenpfarrers und Sekretär des Bruderrats der Bekennenden Kirche, Herbert Mochalski, die „Darmstädter Aktionsgruppen" entwickelt. Diese „Aktionsgruppen" organisierten am 2. März 1952 ein „Westdeutsches Treffen der jungen Generation" in Darmstadt. Hieran nahmen 1200 Jugendliche aus recht unterschiedlichen Jugendorganisationen teil. Auf diesem Treffen wurde in einer Erklärung „angesichts der drohenden Wiederaufrüstung Westdeutschlands der Notstand für das gesamte deutsche Volk" ausgerufen und die Jugend aufgefordert, der „Wiederbewaffnung gemeinsam zu widerstehen". Außerdem wurde zu einer großen „Friedenskarawane" der Jugendlichen nach Essen aufgerufen.
Die Kundgebung in Essen wurde jedoch kurzfristig verboten. Angeblich waren nicht genügend Polizeikräfte vorhanden, um die Teilnehmer „zu schützen"! Trotz dieses Verbots kamen aber 30 000 Menschen nach Essen. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit den in Hundertschaften bereitstehenden Polizeikräften. Die Polizei ging dabei so brutal vor, daß der Arbeiter Philipp Müller erschossen, andere Teilnehmer zum Teil schwer verletzt wurden.
Nach diesem schweren Zwischenfall gelang es den „Darmstädter Aktionsgruppen" nicht mehr, einen nennenswerten Widerstand gegen die Wiederbewaffnung zu organisieren.
Opposition gegen die Wiederaufrüstung und eine Westintegration der Bundesrepublik erwuchs ebenfalls von extrem rechten Kräften. Ihre Ablehnung kam aus ihrer strikten antiwestlichen Einstellung heraus. Auch Heimatvertriebene, die befürchteten, daß mit einer Aufrüstung die Teilung Deutschlands verfestigt und somit ihre Rückkehr in ihre alte Heimat unmöglich wurde, befanden sich zum Teil in der Opposition zu Adenauers Politik.

Ein Brief an die Herausgeber eines Flugblatts „Gegen die Remilitarisierung", geschrieben von einem aktiven Mitglied der „Oberschlesischen Aktion", einer der zahlreichen Vereinigungen der Heimatvertriebenen, macht die Haltung dieser konservativen Kräfte deutlich:

Sehr geehrte Herren! 14.7.1951
Heute kam Ihr Flugblatt „Gegen die Remilitarisierung" bei mir an. Ich freue mich aufrichtig über den Aufruf und Ihre Bereitwilligkeit, etwas gegen die Remilitarisierung zu tun. Leider ist es bisher so, dass jemand, der gegen sie auftritt, sofort als Bolschewist angeprangert wird. Unterzeichneter lässt keine Gelegenheit vorübergehen, gegen die Remilitarisierung zu sprechen, doch das gedruckte Wort wirkt besser als das gesprochene.
Leider, ich betone leider, wird die Gefahr von der Masse nicht erkannt. Ich selbst, der ich in der Vertriebenenarbeit stehe, muss feststellen, dass sich sogenannte Sprecher der Landsmannschaften für die Remilitarisierung aussprechen und den Vertriebenen vorgaukeln, dadurch ihre verlorene Heimat wiedergewinnen zu können. Und es ist bekannt, dass Propaganda alles ist (...)
Mit der Remilitarisierung selbst steht es leider so, dass von westdeutscher Seite bisher nichts unternommen wurde. Diese Situation hat die KPD ausgenutzt, und somit wird jeder, der sich gegen die Rem. ausspricht, als Kommunist angesehen. Daher wurde auch eine Volksbefragung polizeilich verboten. Die Sozialistische Reichspartei (wegen Rechtsextremismus später verboten, d. Verf.) ist die einzige Partei, die sich offen dagegen ausspricht. Ihre Versammlungen sind aber immer von einem starken Polizeiaufgebot bewacht, sodass die Menschen oft aus Angst nicht hingehen, während bei Versammlungen anderer Parteien kein einziger Polizist zu sehen ist. Das ist wohl auch Demokratie.
(...) Interessieren wird Sie, dass ich bei einer Umfrage unter Heimatvertriebenen festgestellt habe, dass doch ein grosser Prozentsatz Soldat spielen möchte, aber nur, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Denn es gibt junge Menschen, die z.T. in ihrem Leben nie gearbeitet haben. Sie wurden als junge Leute zum Wehrdienst eingezogen, fanden nach 1945 keine Arbeit und können auch heute keine finden.
Erst als ich diesen Menschen klar machte, dass Rem. unbedingt Krieg nach sich ziehen wird, dass wir die Toten des Krieges sein und dann ja die Heimat nie wiedersehen werden, dass ein Krieg Blut und Tränen bedeutet, wurden sie nachdenklich und sagten „Ohne uns". Leider geschieht auf diesem Gebiet sehr wenig.
(...) Das Volk muss rechtzeitig aufgeklärt und es muss rechtzeitig gegen die Rem. Stellung genommen werden, denn wenn über Nacht der Artikel des Grundgesetzes aufgehoben und das Wehrgesetz eingeführt wird, ist es zu spät. ... Her Küster, Hannover, der sich in der Zeitung „Das andere Deutschland" gegen die Remilitarisierung ausgesprochen hat, ist von der SPD als Mitglied ausgeschlossen worden, denn diese betreibt anscheinend nur eine Scheinopposition.
Das mir übersandte Blatt wird weitergegeben. Leider war es nur eins. Sie sprechen aber allen aus der Seele. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg, versichere Sie meiner Anhängerschaft und verbleibe mit den besten Grüssen Ihr erg. Jos. V. Stolzenhain (Langelsheim/Harz). (30)

Helgolandfahrten

Die „Helgolandfahrten" waren zwar keine Aktion gegen die Wiederbewaffnung. Dennoch handelte es sich dabei um eine antimilitaristische Aktion – gleichzeitig wohl eine der ersten direkten gewaltfreien Aktionen in der Geschichte der Bundesrepublik.
Die Insel Helgoland diente der englischen Luftwaffe als Abwurfziel bei Bombardierungsübungen. Die Insel – damals unbewohnt – drohte völlig zerstört zu werden. Um die Jahreswende 1951/52 sorgten Jugendliche durch Besetzungen der Insel für Aufsehen. Sie fuhren jeweils in kleinen Gruppen nach Helgoland, wo sie sich in einem alten Luftschutzbunker ver-

schanzten. Drei Fahnen, die sie aufhängten, zeigten den anfliegenden Piloten die Besetzung an, so daß diese wieder unverrichteter Dinge abdrehen mußten. Die Jugendlichen wurden immer nach ein paar Tagen von der Polizei abgeholt und verhaftet. Aber war eine Gruppe festgenommen, hielt sich schon eine neue bereit, die unter strenger Geheimhaltung die erneute Besetzung vorbereitete.
Insgesamt beteiligten sich 99 Jugendliche an dieser Aktion. Vom britischen Geheimdienst und von Teilen der Presse wurde versucht, die Besetzer als kriminelle Elemente darzustellen. So darf es auch nicht verwundern, daß insgesamt 367 Monate Gefängnisstrafe gegen sie verhängt wurden.
Immerhin hatten diese Jugendlichen mit ihrer Aktion das öffentliche Interesse für die Vorgänge auf Helgoland so stark geweckt, daß nach Debatten im britischen Unterhaus und im Bundestag im März 1952 der Helgoland-Vertrag in Kraft trat, der die Freigabe der Insel festlegte. Die Jugendlichen hatten also ihr Ziel erreicht, denn die Bombardierungen mußten nun eingestellt werden. (31)

SPD und Paulskirchenbewegung

Nach den Kriegs- und Faschismuserfahrungen herrschte in der SPD eine solch eindeutige antimilitaristische Stimmung vor, daß in den ersten Nachkriegsjahren von Rüstung und Krieg nur in dem Sinne gesprochen wurde, daß beide „durch eine neue Wirtschaftsform in Deutschland, durch den Sozialismus unter demokratischer Kontrolle" (32) ein für allemal überwunden werden sollen.
Noch auf dem SPD-Parteitag im Mai 1950 wurde bestätigt und bekräftigt, „sich jeder Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen. Die SPD lehnt eine Wiederaufrüstung und die Einführung einer militärischen Dienstpflicht ab." (33)
Allerdings war die Haltung des Parteivorstandes nicht so eindeutig. So erklärte der damalige Vorsitzende Kurt Schumacher laut einer Meldung der „Deutschen Presseagentur" vom 16. September 1950: „Wir sind bereit, wieder Waffen zu tragen, wenn die westlichen Alliierten mit uns das gleiche Risiko und die gleiche Chance der Abwehr eines sowjetischen Angriffs übernehmen und sich mit größtmöglicher Macht an der Elbe etablieren." (34) Schumacher lehnte also zwar eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik unter den gegenwärtigen Bedingungen noch ab und mißbilligte Adenauers Vorgehensweise, gleichzeitig hatte er aber die grundsätzliche Bereitschaft der SPD zu einer Wiederbewaffnung unter der Voraussetzung signalisiert, daß es eine Gleichberechtigung unter allen beteiligten Staaten gebe. Schumachers Ablehnung einer westdeutschen Wiederaufrüstung zu dieser Zeit wurde wohl vor allem deshalb hervorgerufen, da „sie sich nicht mit einem nationalen Konzept deutscher Politik verbinden ließ, weil das Militär der Bundesrepublik in einen westeuropäischen Block eingebunden und eine eventuelle 'Verteidigung' an der Elbe (und nicht, was er als Zielsetzung formulierte, an der Oder) geplant war." (35)
Im Gegensatz zu Schumachers eher taktisch bedingten Ablehnung der Wiederbewaffnung gab es eine starke antimilitaristisch-pazifistische Opposition innerhalb der SPD (vgl. dazu DOKUMENT D), die am stärksten auf dem Berliner Parteitag von 1954 zum Ausdruck kam. Ihr gelang es dort, die Parteiführung in die Defensive zu drängen. Allerdings bekamen mit der Zeit mehr die „Reformer" in der Partei die Oberhand, die eine weitreichende Umstrukturierung der SPD anstrebten und schließlich auch durchsetzten. Inzwischen ging es der SPD ja auch nicht mehr in erster Linie um die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus; vielmehr war die Kontroverse um Demokratie und Totalitarismus in den Vordergrund gerückt. Da man dabei „Freiheit" mit dem Westen und „Unfreiheit" mit dem Osten gleichsetzte, grenzte sich die Parteiführung von allem ab, was den Verdacht der Zusammenarbeit mit Kommunisten ermöglicht hätte. Darüber hinaus ließ man in der SPD dem Antikommunismus freien Lauf, ja schürte ihn zum Teil sogar noch, um den Alleinvertretungsanspruch dieser Partei in der traditionellen Arbeiterbewegung durchzusetzen.
Aus diesem Grunde wandte sich die SPD-Spitze nachdrücklich gegen die von der KPD beeinflußte Volksbefragungskampagne.

Insgesamt beschränkte sich die Gegnerschaft zu Adenauers Wiederbewaffnungspolitik von Seiten des SPD-Vorstandes fast ausschließlich auf das Parlament. Außerparlamentarische Aktionen, wie z.B. Streiks, wurden von der Parteispitze nie ernsthaft erwogen.
Erst 1954/55 kam es dann doch noch zu einer größeren gemeinsamen Aktion mit außerparlamentarischen Kräften: Kurz vor der endgültigen Verabschiedung der „Pariser Verträge" durch den Bundestag war der innerparteiliche Druck auf den Partei-Vorstand erheblich angewachsen. So wurde dann auf Initiative des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer, des DGB-Vorsitzenden Freitag, des Theologen Gollwitzer, u.a. für den Januar 1955 zu einer großen Kundgebung in die Frankfurter Paulskirche unter dem Motto „Rettet Einheit, Frieden und Freiheit! Gegen Kommunismus und Nationalismus!" eingeladen. Von der dort anwesenden, über tausendköpfigen Versammlung wurde das sogenannte „Deutsche Manifest" angenommen.
Nun wurde von SPD und DGB eine regelrechte Aktionswelle organisiert, die von fast allen Teilen der Opposition gegen die Wiederbewaffnung mitgetragen wurde; auch an der Teilnahme von Kommunisten nahm man keinen besonderen Anstoß mehr. Neben unzähligen Kundgebungen wurden teilweise Unterschriftensammlungen zum „Deutschen Manifest" durchgeführt.
Durch diese sogenannte „Paulskirchenbewegung" entstand allerdings keine ernsthafte Gefahr mehr für die Verabschiedung der „Pariser Verträge", denn der parlamentarische Willensbildungsprozeß war praktisch abgeschlossen – andere Ziele, außer der Beeinflussung des Parlaments, hatte man nicht. So war die Bundesrepublik NATO-Mitglied geworden und hatte „ihre" Bundeswehr, als am 27. Februar 1955 die große Mehrheit des Bundestages für die „Pariser Verträge" stimmte. Mit der Verabschiedung der Verträge durch den Bundestag kehrte auch um die „Paulskirchenbewegung" schnell wieder Ruhe ein.
Inwieweit die Schärfe des Protestes von der Partei-Spitze der SPD wirklich ernst gemeint war, bleibt ohnehin umstritten. So ging es ihr mit der Ablehnung der „Pariser Verträge" nicht um eine prinzipielle Ablehnung der Wiederbewaffnung. Dies hat der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer 1954 nochmals ausdrücklich betont, als er sagte, daß die Ablehnung „keine grundsätzliche Ablehnung der Verteidigung eines demokratischen Staates überhaupt" bedeute; weiter bedeute sie „auch nicht die Verweigerung eines militärischen Beitrages unter allen Umständen, solange die Spaltung Deutschlands besteht". Außerdem erhob die SPD ebenfalls schon 1954 „den Anspruch der Beteiligung" an „Aufbau und Gestaltung einer neuen deutschen Militärorganisation". (36)
Deshalb bleibt es wohl auch nur eine Frage der Einschätzung, ob diese „Doppelstrategie" – Ablehnung der Wiederbewaffnung einerseits, Vorweglegitimierung für eine Mitarbeit an der offiziellen „Wehrpolitik" andererseits – „eher ein Resultat politischer Unentschiedenheit" (Klönne) in der SPD war, oder ob die Initiierung der „Paulskirchenbewegung" angesichts wachsender außerparlamentarischer Opposition nur den einen Zweck hatte, nämlich „den zunehmenden Radikalismus unter den aktiven Parteigenossen und Gewerkschaftlern in legitime Bahnen zu lenken." (37) Jedenfalls stimmte dann die SPD-Bundestagsfraktion trotz der Opposition gegen die „Pariser Verträge" und dem damit verbundenen NATO-Beitritt im März 1956 schließlich doch für die zweite Wehrergänzung des Grundgesetzes, die sogenannte „Wehrverfassung".
Zusammenfassend kann zur Haltung der SPD in der Wiederbewaffnungsfrage gesagt werden, daß es zwar in der Partei selber sehr unterschiedliche Auffassungen gab, daß aber letztendlich diejenigen Kräfte dominierten, die nicht prinzipiell gegen einen westdeutschen Militärbeitrag eintraten, sondern lediglich gegen Zeitpunkt und Form der Adenauerschen Wiederbewaffnungspolitik. Ulrich Albrecht bringt das auf den Nenner, daß die

Sozialdemokraten nicht diejenige politische Kraft gewesen seien, welche die rüstungspolitische Konzeption des von Adenauer geführten Bürgerblocks zu Fall zu bringen versucht hätten; „sie wollten dies auch augenscheinlich gar nicht sein." (38)

– und das, obwohl sie es mit ihren schon damals 700 000 Mitgliedern und ihrem maßgeblichen Einfluß auf den DGB mit seinen 6 Millionen Mitgliedern wahrscheinlich hätten sein können!

Gründe für das Scheitern der Opposition

Für das Scheitern der Opposition gegen die Wiederbewaffnung gab es wohl mehrere Gründe:
1. Die Uneinigkeit der traditionellen Linksparteien. Durch ihre Integration in das restaurierte kapitalistische Gesellschaftssystem und in ihrem Bemühen, eine Volkspartei werden zu wollen, konnte und wollte die SPD nicht mit der KPD zusammenarbeiten.
2. Die Repräsentanten der Arbeitermehrheit, SPD und DGB, waren in der Ablehnung der Adenauerschen Wiederbewaffnungspolitik nicht entschieden genug.
3. Die Kirchen als weitere gesellschaftliche Großorganisationen nahmen ihre Ablehnung der Wiederbewaffnung schrittweise wieder zurück. So blieben nur noch Minderheiten als entschiedene Gegner übrig. Das „C" im Parteinamen der größten Regierungspartei dürfte hier für die Amtskirche eine wichtige Rolle gespielt haben.
4. Die bürgerlichen Protestgruppen fanden keinen größeren Anklang in breiten Kreisen der Bevölkerung. Bei sehr vielen Menschen wurde wohl durch das „Wirtschaftswunder", das der Regierung Adenauer positiv angerechnet wurde, die Wiederbewaffnungsfrage in den Hintergrund gerückt. Martin Niemöller hat 1956 darauf hingewiesen: „Ich glaube, für den vollen Brotkorb hat unser Volk auch die Bundeswehr in Kauf genommen und alles, was dazu gehört, einfach weil es meinte, daß es auf andere, billigere Weise sein Wirtschaftswunder nicht behalten könne."
5. Insgesamt gab es keine Oppositionsbewegung, die in der Wiederbewaffnungsfrage an einem Strang gezogen hätte. Vielmehr muß man von einer Zersplitterung der oppositionellen Kräfte sprechen, die teilweise gar nichts voneinander wußten, sich voneinander distanzierten oder sich gar gegenseitig bekämpften.

2. Dokumente

Dokument A (39)

Generalstreik aller Frauen

Darum geht es: Generalstreik aller Frauen! ein Streik, nicht um Lohnerhöhungen oder um Preisherabsetzungen; ein Streik, nicht mit Straßenumzügen und Drohungen; nein: ein Generalstreik, der die Männer vom Schießen, vom Kriegführen abhalten soll. Eine politische Handlung der schweigenden Macht, die zur schärfsten Waffe gegen den Krieg werden könnte. Wann dieser Generalstreik aller Frauen beginnen soll? An dem Tag, an dem aus den Lautsprechern Sätze herausschreien wie: „Um den immer unerträglicher werdenden Provokationen endlich ein Halt entgegenzusetzen ..." oder „Nachdem alle Versuche einer friedlichen Regelung der Streitfrage vergeblich geblieben sind, hat sich die Regierung entschlossen, heute ab 12 Uhr ...", an dem Tag, an dem die ersten Gestellungsbefehle im Briefkasten liegen. Dann ist es soweit, denn dann soll wieder einmal geschossen, zerstört, gebombt, getötet werden.
Wie dieser Generalstreik aussehen wird? Die Frauen werden plötzlich lautlos aus unserem Leben ausscheiden. Die Hausfrau macht plötzlich kein Frühstückspaket zurecht, richtet weder Mittag- noch Abendessen; das Bett des Mannes bleibt ungeordnet liegen, kein Strumpf wird gestopft, kein Knopf angenäht; die Telefonfräuleins antworten nur: „Wir streiken!" Die Stenotypistin erscheint zwar mit Bleistift und Papier zum Diktat, nimmt aber keinen einzigen Satz auf, sondern lächelt ihrem Chef entgegen: „Wir streiken!". Kein Redakteur, kein Bankier, kein Betriebsleiter, kein Minister ist arbeitsfähig; die Wäscherin und Plätterin legt die Männerhemden beiseite und die Hände in den Schoß, die Verkäuferin strahlt den Kunden, der ein Brot kaufen will, an: „Wir streiken!" Die Straßenbahnschaffnerin, die Zigarettenarbeiterin tun keinen Handgriff mehr, die Arbeiterin in der Weberei hält die Maschine an, die Lehrerin schickt die Kinder und sich selbst nach Hause. Keine Operationsschwester reicht dem Arzt ein Messer, die Laborantin bricht die chemische Untersuchung ab, die Behördenangestellte sitzt gelassen am Schalter, vor dem sich eine Männerschlange windet, und schreibt nichts, stempelt nichts, antwortet nichts als nur: „Wir streiken!" Und die Frau am Rundfunk gibt keine anderen Worte mehr durchs Mikrofon als: „Alle Frauen streiken! Wo ihr auch tätig seid, sorgt, daß alle Räder stille stehen ...!"
Braucht es noch mehr der Beispiele? Oder genügt nur etwas Phantasie, um die tödliche Wirkung dieses Streiks auf unser ganzes Dasein lebendig werden zu lassen? Das gäbe eine Katastrophe, meinen Sie? Haben denn die Männer jemals danach gefragt, ob ein neuer Krieg Katastrophen bringt? Kriege dauern Jahre. Dieser Streik aber braucht nicht länger als 50 oder 100 Stunden zu dauern, und es wird keinen Krieg geben. Die Frauen müßten nur einmal zeigen, welche Macht in ihrer Hand liegt – und es gäbe keinen Krieg. Sie meinen: Das Ausland, der Feind hätte dann freie Hand, könnte mit uns tun, was er will? Vergessen Sie nicht, daß auch jenseits der Grenzen Frauen, Mütter, Schwestern, Geliebte um ihre Männer, Kinder bangen; sie haben genau wie unsere Frauen nichts vergessen vom Leid der letzten Kriege, vom Beklagen der Toten, vom jahrelangen Warten auf den gefangenen Mann. Geben Sie ihnen nur ein Zeichen, und sie werden unserem Beispiel folgen. In jeder Radiostation sitzen Sprecherinnen, Frauen, die Abteilungen leiten – sie schicken in allen Sprachen der Welt durch das Mikrofon den Ruf über die Grenzen: „Wir streiken, wir wollen keinen Krieg. Folgt auch ihr unserem Beispiel!"
Da gibt es ungezählte Frauenvereinigungen, deren Mitglieder das Recht der Frau im Gesetzbuch, im Stadtrat, im Parlament fordern und durchsetzen wollen. Sie halten Vorträge, erhalten Mandate, sitzen auf Ministersesseln, sind Bürgermeister. Warum machen sie nicht zu ihrer Hauptaufgabe, diesen Generalstreik aller Frauen vorzubereiten? Die Herren Minister, Abgeordneten, die Hohen Kommissare, die Verantwortlichen in West und Ost sollen ruhig wissen, daß ihnen diese Gefahr droht, wenn sie aus dem Durcheinander, das sie in der Welt anrichten, keinen anderen Ausweg mehr wissen als – zu schießen.
Welche Frau führt das erste Gespräch, um die bisher schweigende Macht, die stärkste in der Welt zu mobilisieren? Dieses Gespräch erst könnte den Glocken dieser Welt den reinen, soeben erst wieder verklungenen Ton des „Friede auf Erden" für alle Zeiten verleihen.
(Aus CONSTANZE 1/1950)

Dokument B (40)

Der Hauptausschuss für Volksbefragung

Aufruf an alle Deutschen

Deutsche Männer, deutsche Frauen, deutsche Jugend!
Unser Vaterland ist aufs neue vom Kriege bedroht. Gegen den Willen der friedliebenden Bevölkerung werden deutsche Militärverbände aufgestellt, wird die Rüstungsproduktion wieder in Gang gebracht. Dadurch werden der Frieden und die Zukunft unseres Volkes gefährdet.
Remilitarisierung ist heute schon wachsende Not und wird morgen Krieg und Vernichtung sein.
Von dieser Erkenntnis geleitet, beschlossen 1700 Delegierte im Namen von Millionen Deutschen am 28. Januar d.J. (1951! – E.Z.) auf dem Essener Kongress einstimmig, die Bundesregierung aufzufordern, eine Volksbefragung durchzuführen, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, auf Grund ihres demokratischen, verfassungsgemässen Rechts zu entscheiden, ob sie für oder gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Anschluss eines Friedensvertrages ist.
Eine dort gewählte Abordnung hat der Bundeskanzlei am Tage darauf in Bonn den beschlossenen Antrag überreicht.
Die Abmachungen des Bundeskanzlers Dr. Adenauer mit General Eisenhower über die Durchführung einer Wiederaufrüstung waren eine klare Ablehnung dieses Anliegens der deutschen Bevölkerung.
Das deutsche Volk aber wird sich auf keinen Fall eine Wiederaufrüstung aufzwingen lassen, denn sie führt ins sichere Verderben.
Remilitarisierung bedeutet Krieg. Entmilitarisierung aber bedeutet Frieden und eine glückliche Zukunft. Da die Regierung gegen den Willen des Volkes und im schärfsten Widerspruch zu den demokratischen Grundrechten die Durchführung einer Volksbefragung ablehnt, muß das Volk selbst entscheiden. Jeder muss darum nach seinem Gewissen, nach seiner Verantwortung und aus seiner Liebe zu Deutschland folgende Frage mit „Ja" beantworten:
Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?
In Übereinstimmung mit dem Willen aller Kreise und Schichten, die den Krieg ablehnen, fordern wir Unterzeichner des Aufrufs dazu auf, sofort mit der Vorbereitung der Volksbefragung zu beginnen.
Nehmt also überall in Aussprachen, Versammlungen und Beratungen zu dieser Aufgabe Stellung. Bildet sofort in allen Ländern, Kreisen, in Städten und Dörfern, Betrieben, Hochschulen und Verwaltungen Ausschüsse für Volksbefragung. Der Krieg bedroht alle Deutschen, ob Mann oder Frau, ob alt oder jung, ohne Unterschied des Standes und Berufes. Daher muss auch das ganze deutsche Volk ohne Unterschied des Glaubens, der Weltanschauung und der Partei in den Ausschüssen für Volksbefragung vertreten sein. Alle friedliebenden Deutschen haben die Pflicht, überall solche Ausschüsse ins Leben zu rufen. Die Vertreter aller Schichten der Bevölkerung, die führenden Persönlichkeiten des politischen, gewerkschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens fordern wir auf, diesen Aufruf an das Gewissen der Nation durch ihre Unterschrift zu bekräftigen.
Das deutsche Volk hat ein Recht auf den baldigen Abschluss eines Friedensvertrages, damit es ohne Besatzungstruppen und ohne Okkupationsbehörden über sein Schicksal selbst bestimmen kann.
Die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages muss und wird zu einem grossen Sieg über den Krieg führen. Das deutsche Volk hat jetzt das Wort. In seiner Hand liegt eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung.

Dokument C (41)

Aufruf

Wir sind durch die Frage der zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten abzuschließenden Verträge, insbesondere durch die Frage des westdeutschen „Wehrbeitrages" in eine Entscheidung von unabsehbaren Folgen gestellt. Wir alle tragen für diese Entscheidung Verantwortung, die uns keine Regierung und kein Parlament abnehmen kann. Darum reden und warnen wir, so lange es noch Zeit ist.

Was bedeuten solche Verträge für die Zukunft unseres Volkes?

Sie bedeuten eine Verschärfung der Lage im Osten und zum mindesten eine unabsehbare Verzögerung, wenn nicht gar die Verhinderung der friedlichen Wiedervereinigung mit unseren Brüdern in der Ostzone.
Sie bedeuten eine Erhöhung der Kriegsgefahr, gegen die man sich mit ihnen schützen will.
Sie bedeuten eine schwere Hemmung der unserem Volke so nötigen demokratischen Erziehung.
Sie bedeuten die akute Gefahr einer Wiederkehr der nationalistischen und militaristischen Geister und Kräfte, die uns in den vergangenen Jahren an den Rand des Abgrundes geführt haben.
Sie bedeuten, daß die Forderung einer besseren sozialen Gerechtigkeit für unbestimmte Zeit unerfüllt bleibt. Damit verzichten wir zu Gunsten der Aufrüstung auf den einzig sinnvollen Versuch, die Gefährdung des Menschen durch das kommunistische, wie durch das kapitalistische System zu überwinden.
Wir protestieren als evangelische Christen und als Deutsche gegen solche Verträge. Wir protestieren dagegen, daß über unsere Köpfe hinweg die Lebensfrage des deutschen Volkes entschieden wird. Solche Verträge dürfen nicht Beschluß und Wirklichkeit werden.

Wir lehnen eine deutsche Aufrüstung im Westen wie im Osten ab.

Es sind nicht politische Ideen, Prinzipien und Systeme, die uns bewegen. Wir meinen, uns sei um Gottes und der Menschen Willen heute geboten:
1. unser Zeugnis für den Frieden Gottes dadurch glaubhaft zu machen, daß wir für den Frieden in der Welt eintreten. Das bedeutet, daß wir alle Menschen, die Kommunisten wie die Amerikaner, unsere Brüder sein lassen; zu der Haßpropaganda nicht schweigen; der gegenseitigen Verteufelung der Menschen nicht untätig zuschauen; vielmehr alles tun, um die Völker in Ost und West miteinander auszusöhnen;
2. dessen eingedenk zu bleiben, daß der lebendige Gott der Gott der Armen und Bedrängten ist. Das bedeutet, daß wir unsere Stimme erheben, wo immer Unterdrückung geschieht oder sich vorbereitet, und daß wir nicht wieder schweigen, wenn irgendwelche Gruppen von Menschen rechtlos gemacht werden.
Wir haben die Menschen unseres Volkes, die Menschen im Westen und Osten Europas im Auge. Es ist an ihnen und auch durch sie genug Unrecht geschehen. Wir können es nicht mit ansehen, daß ihnen wiederum unermeßliches Leid widerfahren soll. Wir beten für sie. Eben darum müssen wir auch für sie eintreten und für sie reden!

Dazu rufen wir alle evangelischen Christen auf!

Dieser Aufruf soll den Protest evangelischer Christen laut werden lassen: vor dem deutschen Volke, vor den Abgeordneten der Parlamente, vor den Regierungen und vor den Besatzungsmächten. Außerdem will er alle die sammeln und zu gemeinsamem Handeln auffordern, die dem zustimmen, was am Schluß des Aufrufs (1. und 2.) als unsere Aufgabe und Verpflichtung heute ausgeführt ist.

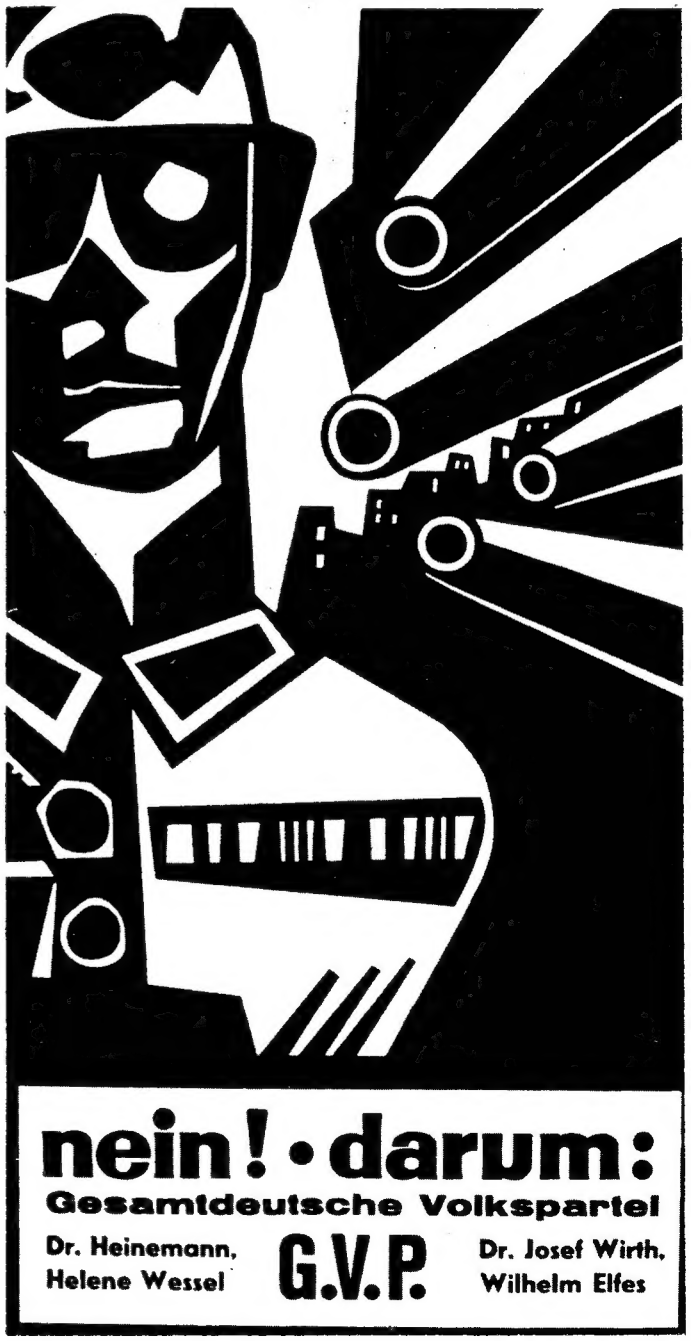
Dokument D (42)

Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

In diesen Tagen entscheidet der Bundestag über den sogenannten 'Verteidigungsbeitrag'. Wißt ihr, was das bedeutet?
Das bedeutet,
– daß ein Land, das angeblich kein Geld für die Erhöhung der Renten der Opfer des letzten Krieges hat, künftig 40 Milliarden für neue Soldaten ausgeben soll,
– daß eine Vereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern im Osten auf friedlichem Wege für lange Zeit unmöglich gemacht wird,
– daß eine Jugend, die schwerste Opfer brachte und das Grauen des letzten Krieges noch vor Augen hat, wieder marschieren soll, wenn die ewigen Kriegsgewinnler, die auch am nächsten Krieg verdienen wollen, es für richtig halten.
Hat dieser Bundestag das Recht über eine solch schicksalshafte Frage zu entscheiden?
NEIN und abermals NEIN!
Deutsche Jugend denke daran, daß die Regierung, die Dich jetzt in Uniform stecken will, nichts getan hat, um für unser Volk und besonders für Dich Grundlagen einer wirklichen sozialen Gerechtigkeit im Staate zu schaffen! Noch gibt es keinen ausreichenden Jugendarbeitsschutz! Noch müssen unsere Kameraden, die im letzten Krieg ihre Gesundheit geopfert haben, ihren Rechtsanspruch mühsam erkämpfen. Noch sind 300 000 Jugendliche arbeitslos! Dennoch stehen wieder Kasernen für Dich bereit!
WIR RUFEN DICH ZUM WIDERSTAND
– gegen eine Politik der vollendeten Tatsachen
– gegen eine Politik der sozialen Reaktion
– gegen eine Politik, die nur den Generälen und Rüstungslieferanten Vorteile bringen wird.
Der Tag der Abrechnung mit dieser Politik wird kommen! Dann sei auch Du bereit und fordere Dein Recht!
21.2.1952 verantwortlich: Holger Börner, Bezirksverband Hessen Nord der Sozialistischen Jugend Deutschlands

Hannemann, geh du voran!

Einige junge Leute in Baden-Württemberg, die unter eine kommende Militärdienstpflicht fallen würden, haben an 50 Persönlichkeiten, die sich in öffentlichen Reden oder Presseartikeln für die Wiedereinführung der Militärdienstpflicht und gegen die „Ohne-mich"-Parole ausgesprochen haben, ein Schreiben geschickt, in dem es hieß:
„Jeder, der Maßnahmen empfiehlt, die (wie etwa der Militärzwang) tief in das Leben seiner Mitmenschen eingreifen und die ungeheuerlichsten Folgen haben können, muß bereit sein, für sich selbst kein besseres Schicksal zu verlangen, als er den anderen zugedacht hat. Wenn er z.B. die Einführung des Militärdienstes empfiehlt, muß er selbst bereit sein, Militärdienst zu leisten. Andernfalls würde kein Mensch Achtung vor ihm haben können. – Wir zweifeln nicht daran, daß Sie sich dieser sittlichen Konsequenzen bewußt waren, als Sie die öffentlichen Erklärungen abgaben. Aber wir befürchten, daß sie dazu führen kann, Verantwortungslose, die diese Konsequenzen nicht zu ziehen bereit sind, zu ähnlichen für die Öffentlichkeit folgenschweren Erklärungen zu ermutigen. Wir sind davon überzeugt, daß Sie, um dies zu vermeiden, eine weitere Erklärung abgeben würden, nach welcher Sie im Kriegsfalle bereit wären, ohne Zögern Beruf, Amt und alles andere, was Sie vor einer persönlichen Teilnahme am Kriegsdienst bewahren könnte, aufzugeben. Für eine öffentliche Bestätigung wären wir dankbar."
Das Ergebnis dieses interessanten „Tests" verdient, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Unter den Angesprochenen befanden sich 14 Abgeordnete, 10 Minister und hohe Ministerbeamte, 4 Gewerkschaftsführer, 9 Schriftsteller, 8 katholische und protestantische Theologen und 5 Vorsitzende politischer Vereine. Die erbetene Erklärung gaben in Antwortschreiben nur 2 der angesprochenen Persönlichkeiten ab, und zwar Vizekanzler Dr. Franz Blücher, der schrieb: „Ebenso wie ich als Infanterist an der Westfront viele Jahre meine Pflicht getan habe, würde ich sie auch heute noch ebenso selbstverständlich tun, wenn es eben um die sittliche Existenz unseres Volkes geht", und ein Führer einer Parteiorganisation, der antwortete: „Da ich bisher keine Stellung habe, die mich zur Führung der beiden Buchstaben ‚u.k.' berechtigt, braucht es wohl keine langen Erklärungen. Ich versichere Ihnen aber gern, daß ich auch im Besitze einer solchen Stellung mich freiwillig melden würde." Ein süddeutscher Ministerpräsident dementierte in seinem Antwortschreiben die von ihm in der Presse gemeldete Erklärung über die Wehrpflicht. Sämtliche 47 anderen Empfänger des Schreibens, also 94 Prozent, antworteten entweder völlig ausweichend oder überhaupt nicht. Keiner von ihnen gab die erbetene Erklärung weder in einem Antwortbrief noch gar öffentlich ab.
Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich die jungen Wehrpflichtigen nach diesem Ergebnis ihre eigenen Gedanken über den Begriff „Ohne-mich"-Leute machten, zumal ihnen in dem „Memorandum der Bundesregierung zu den neuen Wirtschaftsmaßnahmen" vom 11.4.1951 ein Satz besonders gut gefallen hatte. Er lautete: „Jeder muß sich bewußt sein, daß erst sein Opfer das dem anderen zugemutete Opfer tragbar macht."
(Aus: Freiheitsbote, Marburg, März 1953)



Anmerkungen

(1) Albrecht, Ulrich: Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Köln 1980, S. 12-13.
(2) Zit. nach ebd., S. 84.
(3) Zit. nach Badstübner Rolf / Thomas, Siegfried: Restauration und Spaltung. Köln 1975, S. 411.
(4) Zit. nach Albrecht, Ulrich, a.a.O., 1,980, S. 25.
(5) Zit. nach ebd., S. 26
(6) Zit. nach Tönnies, Norbert: Der Weg zu den Waffen. Köln 1961, S. 34.
(7) ebd., S. 33.
(8) Zit. nach Badstübner / Thomas, a.a.O., S. 412.
(9) Zit. nach von Schubert, Klaus: Wiederbewaffnung und Westintegration. Stuttgart 1972, 2. Auflage, S. 44.
(10) Zit. nach ebd., a.a.O., S. 44.
(11) Albrecht, Ulrich, a.a.O., 1980, S. 27.
(12) Zit. nach ebd., S. 27.
(13) Zit. nach ebd., S. 28.
(14) Vgl. von Schubert, Klaus, a.a.O., S. 44. Demnach ergab eine Umfrage, daß 62% der Bevölkerung auf der Seite des Westens standen, 26% lieber neutral bleiben wollten und 2% sich für den Osten entschieden.
(15) Zit. nach Tönnies, Norbert, a.a.O., S. 52.
(16) Zit. nach Badstübner / Tomas, a.a.O., S. 415.
(17) Otto, Karl a.: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze, in: Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution. Redaktion Reiner Steinweg. Frankfurt am Main 1981, S. 60.
(18) Zit. nach Zander, Ernst: Die Kampagne gegen die Remilitarisierung in Deutschland. London o.J.
(19) Zit. nach Badstübner / Tomas, a.a.O., S. 422.
(20) Zit. nach Otto, Karl A., a.a.O., S. 72.
(21) Vgl. ebd., S. 71.
(22) Vgl. ebd., S. 78-79.
(23) Vgl. Albrecht, Ulrich, a.a.O., 1980, S. 36.
(24) Otto, Karl A., a.a.O., S. 80.
(25) Zit. nach Albrecht, Ulrich, a.a.O., 1980, S. 37.
(26) Zit. nach Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Köln 1970, S. 56-57.
(27) Vgl. ebd., S. 56-59.
(28) Zit. nach Otto, Karl A., a.a.O., S. 80.
(29) Zit. nach DER SPIEGEL, 16.4.1952, S. 10.
(30) Zit. nach Zander, Ernst, a.a.0.
(31) Vgl. Wilke, Marianne: Jugend befreite Helgoland, in: Geschichte in Geschichten. Hrsg. von Noll, Fritz / Booß, Rutger. Dortmund 1980, S. 43ff.
(32) Zit. nach Otto, Karl A., a.a.O., S. 85-86.
(33) Zit. nach Albrecht, Ulrich, a.a.O., S. 41.
(34) Zit. nach Tönnies, Norbert, a.a.O., S. 56.
(35) Klönne, Arno: Krumme Wege der ersten deutschen Friedensbewegung ..., in: links Nr. 142, Januar 1982.
(36)
(37) Oriker, Theo zit. nach ebd., S. 55.
(38) Albrecht, Ulrich, a.a.O., S. 46.
(39) CONSTANZE, 1/1950.
(40) Zit. nach Zander, Ernst, a.a.0.
(41) STIMME DER GEMEINDE, 1/1953.
(42) Zit. nach Drude, Lothar: Ohne mich. Dortmund 1979.